

Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß)
gemäß § 96 der Geschäftsordnung

zu dem von der Bundesregierung eingebrachten

**Entwurf eines Gesetzes über steuerliche Vergünstigungen bei der
Herstellung oder Anschaffung bestimmter Wohngebäude**
— Drucksachen 8/286, 8/453, 8/463 —

Bericht des Abgeordneten Löffler

Der Gesetzentwurf ist mit der Haushaltslage vereinbar.

Der Gesetzentwurf sieht vor, Abschreibungsbegünstigungen des § 7 b des Einkommensteuergesetzes auf alle Anschaffungen bestimmter Wohngebäude auszudehnen. Ferner werden mit der Erweiterung der Grunderwerbsteuerbefreiung beim Erwerb dieser Wohngebäude zur Eigennutzung vermögenspolitische, städtebauliche und wohnungspolitische Zielsetzungen verfolgt.

Der Gesetzentwurf führt zu Steuermindereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden. Die finanziellen Auswirkungen des Gesetzentwurfs sind in der

Drucksache 8/286 auf Seiten 12 und 13 ausführlich dargestellt.

Die Mindereinnahmen werden für das Entstehungsjahr 1977 auf insgesamt etwa 750 000 000 DM veranschlagt, von denen 108 000 000 DM auf den Bund und der Rest auf die Länder und Gemeinden entfallen.

Die Haushaltsmehrbelastungen des Bundes sind in der Finanzplanung zu berücksichtigen.

Dieser Bericht beruht auf der vom federführenden Finanzausschuß vorgeschlagenen Fassung des Gesetzentwurfs.

Bonn, den 25. Mai 1977

Der Haushaltsausschuß

Leicht	Löffler
Vorsitzender	Berichterstatler